

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der E. Mecklen'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom), für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Bezugspreis:
Monatlich in Neuenbürg
M. 1.50. Durch die Post
im Orts- und Oberamts-
verkehr, sowie im sonst.
inl. Verk. M. 1.80 m. Post-
bestellb. Preise frei.
Preis einer Nummer
10 Pf.
In Fällen höh. Gewalt
besteht kein Anspruch auf
Lieferung der Zeitung od.
auf Wiederherstellung des
Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle
Poststellen, sowie Agen-
turen u. Ausverkäufer
jederzeit entgegen.
Fernsprecher Nr. 4.
Gros-Rente Nr. 24
O. B. - Postfach Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
Die einsp. Zeile für drei
Tage im Raum im Bez. 20,
außerh. 25 Pf. Red. 3.
40 Pf. mit Anz. Steuer.
Rechtl. Anzeigen 100%,
Zuschlag. Offerte u. Zus-
kunftserklärung 20 Pf. Bei
and. Aufträgen Rabatt,
der im Falle des Nicht-
erfolgens hinfällig wird,
ebenso wenn Zahlung
nicht innerhalb 8 Tagen
nach Rechnungsdatum
erfolgt. Bei Tarifände-
rungen treten sofort alle
früher vereinbarten
außer Kraft.
Gerichtsstand für beide
Teile: Neuenbürg.
Für tel. Aufs. wird keine
Gebühr übernommen.

12 20.

Mittwoch, den 26. Januar 1927.

85 Jahrgang.

Deutschland.

Berlin, 25. Jan. In Berlin erwartet man den nahen Abschluß der Regierungskrise. Dr. Marx wird heute mit den Deutschnationalen, wie man in Berlin glaubt, die Restfragen des Programms klären und dann die Verlesung erörtern. Eine Vorstellung des neuen Kabinetts noch in dieser Woche kommt nur in Frage, wenn der Reichstag seinen Arbeitsplan ändert.

2. Württ. Wohnungs- und Heimstättenentwurf.

Stuttgart, 22. Jan. Am Freitag nachmittag erörterte im Kuppelbau des Amtsgebäudes der Wohnungsreferent am Sachlichen Ministerium des Innern, Oberregierungsrat Hoppe-Dresden, eingehend das Problem der Aufwertungssteuer und die Frage der Grundwertsteuer. In seinen Ausführungen ging der Redner aus von der Tatsache, daß heute um die Aufwertungssteuer — bei uns als Gebäudefürsorgesteuer bekannt — ein lebhafter Kampf entbrannt ist, und erörterte eingehend das Für und Wider. Die Inflation hat dem deutschen Hausbesitz, der vor dem Krieg mit einer Hypothekenschuld von 75 Milliarden Mark belastet war, eine Entlastung von insgesamt 36 Milliarden gebracht. Wenn die Aufwertungssteuer fiele, müßte dies aber gerechter Weise den Hypothekengläubigern zugute kommen. Für die Mieter ist die Steuer unsolvenz, da sie als Mietsteuern für die Familien um so stärker belastet. Da aber gegenwärtig Wohnungsbau ohne öffentliche Unterstützung unmöglich ist, darf der Teil der Steuer, der dem Wohnungsbau zugute kommt, nicht aufgehoben werden. Unter allen Umständen muß aber der Teil der Aufwertung, der für den Finanzbedarf der Gemeinden und des Staates bestimmt ist, abgelöst werden und zwar am zweckmäßigsten durch eine Besteuerung des Bodenwerts. Der Redner zeigte an Hand von Beispielen die Durchführbarkeit und den praktischen Erfolg einer Grundwertsteuer vom Standpunkt der kommunalen Finanzpolitik aus. Dadurch ließe sich eine Entlastung bis zu den guten Wohnverhältnissen durchzuführen, für Geschäftshäuser bedeutet sie eine sozial gerechtfertigte unvollständige Mehrbelastung. Hindernd steht heute noch das Reichsbewertungsgesetz im Wege, das eine Veranlagung des Bodenwerts nicht vorsehen hat. Gelänge es zu erreichen, daß die Städte statt der Aufwertungssteuer für die kommunale Finanzpolitik zur Bodenwertsteuer übergeben könnten, so würde dies das Rückgrat der städt. Finanzverwaltung außerordentlich kräftigen. An der Ausarbeitung beteiligten sich der Vorsitzende des Verbandes der württ. Mietervereine, Oberregierungsrat Krauß, und Gemeinderat Herr. Folgende Entschlüsse sind an die württ. Regierung wurde durch Staatsrat Dr. Schenkel-Ruffenhansen eingebracht und einstimmig angenommen: „Die Teilnehmer der 2. württ. Wohnungs- und Heimstättenentwurf bitten die württ. Regierung, darauf hinzuwirken, daß die Grundwertsteuer für den kommunalen Finanzbedarf abgelöst wird durch eine Grundsteuer vom reinen Bodenwert nach dem Vorgang von Anhalt.“

Am Freitag abend um 8 Uhr sprach im Gasthaus Siegle-Daus in Anwesenheit von Staatsrat Krauß, Präsident Kuhn, der Ministerialräte Dr. Nische und Springer, sowie von Bürgermeistern Dr. Klein, D. Dr. Damaschke über „Den Kampf um das Bodenreformgesetz“. Im Eingang hat er, die Fragen des Heimatbodens und der Heimstätten ernsthaft durchgedenkt. Es handele sich um keine Parteifache. Eingehend schilderte sodann der Redner die Entstehung des Wohnheimstätten-Gesetzes. Derselbe beruht auf dem Artikel 155 der Reichsverfassung, welcher jeder deutschen Familie eine Arbeits- und Wohnheimstätte verleiht, Bodenenteignung zu diesem Zwecke vorseht und jede Wertsteigerung, die nicht durch Arbeits- und Kapitalaufwendung entstanden ist, der Allgemeinheit zuweist. Ferner ist der Gesetzesentwurf vorbereitet durch eine einstimmig angenommene Entschlüsse der Nationalversammlung, wonach das Enteignungsgesetz und die Beschaffung billigen Bodens gesetzlich geregelt werden soll. Zur Ausarbeitung des Gesetzesentwurfs hat der damit beauftragte Redner noch eine Anzahl weiterer Männer der Praxis von fraglos nationaler Gesinnung zugezogen. Der Redner bespricht sodann die Hauptpunkte des Gesetzesentwurfs. Anmeldestellen für Anträge auf Schaffung von Heimstätten soll die Gemeinde sein; sie hat Bodenverhältnisse zu treiben, darf aber den so erworbenen Boden nicht mehr der Spekulation preisgeben. Für das zur Verfügung stehende Gelände sollen langfristige Bebauungspläne für Heimstätten, Kleingärten, Industrie, Verkehr, Grünplätze usw. festgelegt werden. Die Landbeschaffung soll ermöglicht werden durch das Verkaufsrecht der Gemeinden, die für den Boden einen gerechten Preis, d. h. den vom Verkäufer bei der letzten Steuererklärung selber gutgeheißenen festsetzen soll. Damaschke will bis zum letzten Atemzug dafür kämpfen, daß Steuerwert und Enteignungswert in klare Beziehung gebracht werden. Gegenüber verschiedenen Einwänden weist der Redner nach, daß die Stadt Berlin noch nicht die Hälfte des gegenwärtigen Wohnungsbedarfes decken würde, wenn jede Berliner Familie ein Eigenheim besäße; für die 2.000 wohnungslosen Familien in Württemberg wären nur 10.000 Hektar, d. h. ein Zweihundertstel des württ. Bodens für Eigenheime nötig. In gesundheitlicher Beziehung ist die Heimstätte zugleich die Wirtstätte des deutschen Volkes. Bodenlose Menschen sind eine ungeheure Gefahr für die ganze Gesellschaftsordnung. Die Tatsache, daß 101.000 gekommene Bauarbeiter in Deutschland trotz des Wohnungsmangels feiern müssen, kommt einer Panzerverletzung der Gesellschaft nahe. Noch nie in der gesamten Kulturgeschichte ist ein solcher Kinderdarm getrieben worden wie jetzt in Deutschland durch mindestens 600.000 Arbeiter. Das hält kein Volk ungeschont aus. Das Vaterland ist groß genug für jede deutsche Familie. Mit einem Wort: Württemberg schloß der Redner in dieser Rede seinen Vortrag, indem er jeden Einzelnen dafür verantwortlich machte, daß endlich das deutsche Vaterland ein gelagertes deutsches Kinderland werde. (Langer stürmischer Beifall.)

Nachdem Staatsrat Dr. Schenkel um Mitarbeit gebeten

und den Dank an D. Dr. Damaschke ausgesprochen hatte, nahm die Versammlung einstimmig eine Entschlüsse an. Darin spricht sie ihren Dank den Reichstagsabgeordneten aller Parteien aus, die am 5. Mai v. J. in namentlicher Abstimmung die möglichst baldige Vorlegung eines Wohnheimstätten-Gesetzes im Sinne des „Mündigen Beirats für Heimstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium“ verlangt haben. Die Versammlung erwartet, daß die Reichsregierung sofort nach ihrer Bildung diesem Wunsch Folge leistet. Es gelte die große Verheißung des Artikels 155 der Reichsverfassung ebrlich zu erfüllen. Ohne seine Durchführung sei eine Hebung der Leib und Seele unseres Volkes vergeblich. Wohn- und Landnot nicht möglich.

Änderungsgesetz zur Landessteuerordnung.

Stuttgart, 24. Jan. Der schon bei den letzten Landtags-Verhandlungen angekündigte Entwurf eines Änderungsgesetzes zur Landessteuerordnung ist jetzt dem Landtag zugegangen. Der Hauptinhalt des Entwurfs besteht in den Vorschlägen für eine andere Verteilung der Anteile der württ. Gemeinden an Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteueranteilen. Außerdem schlägt der Entwurf in Art. 3 eine in den besonderen Verhältnissen des Rechnungsjahrs 1926 begründete Uebergangsvorschrift vor, wonach über die bereits vollziehbar gewordenen Gemeindefinanzverhältnisse für das Rechnungsjahr 1926 nach Feststellung der neuen Verhältnisse und nach Bekanntwerden der für das Rechnungsjahr 1926 zu erwartenden Reichssteueranteile erneut Beschluß zu fassen sein soll. In Art. 1 Nr. 1 und 2 steht der Entwurf weiter die Streichung der Vorschriften über Verzugszuschläge und eine Neufassung der Vorschriften über Verzugs- und Stundungszinsen vor. Die übrigen Teile des Entwurfs sind nebensächlicher Bedeutung und dienen teils der Klarstellung, teils lediglich der formalen Anpassung des Wortlauts der Landessteuerordnung an geänderte Verhältnisse. Der Entwurf sucht eine Milderung zu erreichen a) durch eine Änderung des Verteilungsschlüssels bei der Umsatzsteuer, b) durch eine Stärkung der Mittel des Ausgleichsstocks. Der Entwurf schlägt vor, den Gesamtanteil der Gemeinden an der Umsatzsteuer (60 Prozent des Landesanteils) unter die einzelnen Gemeinden mit Wirkung vom 1. April 1926 ab zu zwei Dritteln nach dem Verhältnis der Wohnbevölkerung, zu einem Drittel nach dem Verhältnis der vereinigten (zusammengerechneten) Rechnungsteile an der Einkommen- und Körperschaftsteuer zu verteilen. Der Entwurf schlägt sich damit im Grundsatze dem § 40 Abs. 2 des Finanz- ausgleichsgesetzes für die Verteilung des Gesamtlandesanteils an der Umsatzsteuer unter die einzelnen Länder an, nur mit dem Unterschied, daß die vereinigten Einkommen- und Körperschaftsteuer-Rechnungsteile an Stelle des örtlichen Umsatzsteueranteils treten sollen. Die Zugrundelegung des örtlichen Einkommens an Umsatzsteuer als Verteilungsmassstab ist für die Unterverteilung unter die Gemeinden schon deshalb nicht möglich, weil das auf die einzelne Gemeinde entfallende örtliche Einkommen an Umsatzsteuer von den Finanzämtern gar nicht festgesetzt wird. Die Veränderung des Verteilungsschlüssels bei der Umsatzsteuer genügt für sich allein nicht, um eine ausreichende Erleichterung für die kleineren Gemeinden zu erzielen. Als weiterer Ausgleich wird daher eine Erhöhung des Anteils des nach Art. 15 VStG. für den Lastenausgleich unter den Gemeinden gebildeten Ausgleichsstocks an den Reichs- steueranteilen der Gemeinden von 2 auf 3 Millionen vorgeschlagen. Da aber auch ein Betrag von 3 Millionen nicht ausreicht, auch nur die notwendigen Bedürfnisse der bedrängten Gemeinden durch Zuschüsse aus dem Ausgleichsstock zu befriedigen, soll deshalb für 1926 aus allgemeinen Staatsmitteln dem Ausgleichsstock ein Zuschuß von einer Million R.M. angewiesen werden. Hierbei handelt es sich lediglich um eine einmalige Maßnahme für das Rechnungsjahr 1926. Auch im übrigen können die grundsätzlichen Vorschläge des Entwurfs in ihrer Auswirkung zunächst nur für das Rechnungsjahr 1926 überleben werden. Ob sie sich auf die Dauer auswirken lassen und welche Änderungen vorzunehmen sind, kann schon für das Rechnungsjahr 1927 erst beurteilt werden, wenn das demnächst dem Reichstag zugehende Änderungsgesetz zum Finanz- ausgleichsgesetz endgültig verabschiedet ist, insbesondere wenn feststeht, ob die Gewährung der Gesamtanteile der Länder an der Umsatzsteuer mit 60 Millionen R.M. jährlich auch für das Rechnungsjahr 1926 aufrecht erhalten bleibt, wie dies nach den einstimmig gefassten Beschlüssen des Reichsrats der Fall sein soll. Der Entwurf ist mit den Vertretern der Gemeinden, dem Württ. Stadtag und dem Württ. Gemeindegtag, eingehend erörtert worden, beide Organisationen haben ihm zugestimmt.

Diesen Änderungen der Landessteuerordnung entspricht dann eine solche der Gemeindefürsorgegesetz, die gleichzeitig vorgeschlagen wird. Ihr Entwurf bringt an wichtigeren Änderungen die im Zusammenhang mit dem Änderungsgesetz zum Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer- und vom 29. Dezember 1926 notwendige Neuregelung der Gemeindefürsorgepflicht der Versorgungsbetriebe, eine Sonderregelung für bestimmte Fälle in denen die Umwandlung bisher steuerpflichtiger in steuerfreie Betriebe besonders hart wirkt und schließlich eine Neuordnung der Hundsteuer. Diese beträgt für das Rechnungsjahr 20 Mark; der Gemeinderat kann die Steuer jedoch ermäßigen in Gemeinden bis zu 200 Einwohnern auf 5 Mark, in Gemeinden bis zu 1000 Einwohnern auf 10 Mark, in Gemeinden von 1000—2000 Einwohnern auf 15 Mark; er kann sie aber auch bis auf 40 Mark erhöhen und mit Genehmigung des Finanzministeriums und des Finanzministeriums noch weiter; ferner für den zweiten Hund auf das Doppelte, für den dritten und die weiteren Hunde auf das Dreifache der Jahressteuer. Eine Steuerermäßigung ist auch vorgesehen zur Begünstigung der Rassehundezucht durch Bisher, die ihre Zuchttiere in ein von einer Bähdervereingung anerkanntes Zucht- oder Stamm- buch eintragen lassen. Steuerfrei sind Züchtervereine für Hunde, ferner die auf öffentliche Kosten gehaltenen Hunde

(Forts. Polizei-, Gefängnis-, Zoll- usw. Hunde), ferner Beerdigungskonten usw., wenn sie von dem Beamten nach der Bestätigung der vorgesetzten Behörde zu dienstlichen Zwecken benötigt werden.

Der Darmat-Prozess.

Berlin, 24. Jan. In der heutigen Verhandlung des Darmat-Prozesses wurde zunächst der Brief des Abgeordneten Weilmann an den Finanzminister Dr. v. Hüder und das Schreiben des Finanzministers an den Präsidenten der Staatsbank, in dem um wohlwollendes Interesse für Darmat gebeten wird, verlesen. Als Zeuge wurde hierauf Bankrat Brand von der Staatsbank vernommen. Als weiterer Zeuge wurde Geheimrat Rügge, der 1924 stellvertretender Staatsbankpräsident war, eingehend vernommen. Er schilderte das sichere Auftreten des Darmats, die schwer zu überzeugen gewesen seien, daß sie die Kredite auch einmal zurückzahlen müßten. Sie meinten im Gegenteil, noch höhere Kredite beanspruchen zu können. Von einer Weiterverleibung der Gelder durch die Amerika habe der Zeuge nichts gewußt. Darmat habe ihm einmal geraten, sich von der Ausdehnung und Siderität seiner Unternehmungen selbst zu überzeugen. Damit wurde aber Dr. Vöttger, der Schwiegerohn des Zeugen, betraut, der alsdann den Posten eines Darmatschen Vertrauensmannes gegenüber den verschiedenen Konzernunternehmungen inne hatte. Geheimrat Rügge erklärt, daß er selbst weiter keine persönlichen Beziehungen zu Darmat gehabt und auch die Einladungen nach Schwammwerder nicht angenommen habe. Die Verhandlungen wurden auf Dienstag vertagt.

Dr. Koldins Verhaftung.

Berlin, 25. Jan. Ueber die Verhaftung des Rechtsanwalts Dr. Josef Koldin in Salurn in Südtirol werden dem „Tag“ noch folgende Einzelheiten gemeldet: Dr. Koldin ist in Italien geblieben und in das Gefängnis nach Triest gebracht worden. Das einzige Verbrechen, das Koldin begangen hat, ist, daß er deutschen Kindern Les- und Schreibunterricht in der Mutter- sprache außerhalb der Schule erteilen will.

Ausland.

Paris, 25. Jan. Die französische Goldsendung nach New- York stellt eine Ausländerreserve zur Stützung des Franken dar. **London, 25. Jan.** In der englischen Öffentlichkeit kommt eine gewisse Besorgnis über die Rechtsorientierung des neuen deutschen Kabinetts zum Ausdruck. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ betont, das nächste deutsche Kabinett werde darnach beurteilt werden, wie es die bestehenden Verträge und Abkommen erfüllt und nicht nach seiner politischen Zusammenstellung. Auch im Kabinett Marx, der das Damesabkommen, und im Kabinett Lütke, der Locarno unterzeichnete, bestanden sich Nationalisten.

Verzicht der Familie Garibaldi auf die Ehrenlegion.

Ricciotti Garibaldi läßt antworten, daß er gegen das gegen ihn erlassene Urteil nicht Berufung einlegen wird. Im übrigen haben diejenigen Mitglieder der Familie Garibaldi, denen der französische Orden der Ehrenlegion verliehen worden war, diese Auszeichnung mit einem Begleitbrief, in dem sie auf die traurige Zeit, die die Familie Garibaldi gegenwärtig durch- macht, hinweisen, an den Präsidenten der Republik zurück- geschickt.

Verhärtung der britischen Streitkräfte.

London, 25. Jan. Das Kriegsministerium hat gestern abend bekannt gegeben, daß im ganzen drei Infanteriebrigaden von England nach China entsandt werden sollen.

Aus Sowjetrußland.

Die Witwe des russischen Sowjetagenten in London, Frau Krasin, hatte, wie das in Kulturkreisen der Beamten und ihren Hinterbliebenen üblich ist, nach dem Tode ihres Gatten eine Pension für sich und ihre Tochter beantragt. Krasin lehnte dieses Verlangen ab mit dem Hinweis, daß die Witwe mit den von Krasin „ermordeten“ und im Ausland vorfindlich hinterlegten 75 Millionen Pfund Sterling, was etwa 1 1/2 Milliarden Goldmark ausmacht, sehr wohl leben könne! Frau Krasin teilte daraufhin kurz nach Moskau mit, daß sie, wenn ihr nicht die verlangte Pension bewilligt werde, gewisse Geheimnisse aus dem Nachlaß ihres Mannes — verfallen werde! Der Erfolg dieser Bedrohung war durchschlagend; telegraphisch wurde ihr die Bewilligung der verlangten Pension zugesagt!

Chinas Befreiungskampf.

London, 25. Jan. Von der Londoner Vertretung der chine- sischen Nationalpartei wird der Text des Manifests ausgegeben, in dem die südkinesische Regierung ihre Stellungnahme zu den Großmächten ausführlich darlegt. Im Hinblick auf die bevor- stehenden englisch-chinesischen Verhandlungen in London kommt dem Dokument eine besondere Bedeutung zu. Es hebt mit einem kriegerischen Teil an, in dem die Unverwundbarkeit des chinesischen Nationalismus mit dem britischen Imperialismus betont und der sübne Satz ausgesprochen wird: „Die Frage ist heute nicht, was Großbritannien oder irgend eine Macht China zugesprochen will, um den rechtmäßigen Ansprüchen der Chinesen entgegenzukommen, — dies ist eine Auspielung auf das englische China-Memorandum, — sondern was für Bedin- gungen China den fremden Mächten einzuräumen gedent.“ Man werde ein neues Ausländerrecht ausarbeiten, fährt dann die Erklärung ruhiger fort, das die chinesische Unabhängigkeit wahr, aber den Fremden Recht und Gerechtigkeit gewähren wird. „Der Saug der Ausländer kann nicht länger auf frem- den Bajonetten und Kanonenbooten beruhen. Die wirtschaft- lichen Kampfmittel des chinesischen Nationalismus sind stärker als alle modernen Kriegsschiffe.“ Nach dieser Drohung, die sich ausdrücklich auf die Entsendung englischer Streitkräfte bezieht, betont die Kantonegierung, daß sie keinen bewaffneten Konflikt wünscht und es vorgeziehe, alle die strittigen Fragen durch

Pararmellen
Weder Regen, Schnee noch
Hitze, die dem Hanteln, Heiserkeit
u. 40 Pf., Dose 90 Pf.
Kaiserin's Nachl., Inh. C. H. von
H. Rauer, Herrenab: 1 Pf.
„Drogerie, Oscar Hensing, Hölz-
schneider, Fr. Wurster, Döbel-
str. 11b.

Calmbach
Wöhler Brunnen
Vorher
Morgen
Schlachtpartie
höfl. einladet
Leop. Bauer.
Döbel.
schönes, fettes
Ruhfleisch
Pfund zu 80 Pf.
Friedrich, Döbel.
in jähriges
**Zucht-
Rind**
verkauft
August Rehr.
Schwann.
Begen Todesfall verlan-
wei
B- und
Haffuh.
hochtrüchig.
raarete Haaf, Wite
Malaga gold
feinst alt,
er Floche N. 1.60.
riedr. Knöllner,
Weinhandlung,
Höfen a. Enz.

Verhandlungen und Uebereinkünfte zu regeln. Sie sei bereit, mit jeder der Großmächte einzeln zu verhandeln, und zwar auf der Grundlage der beiderseitigen politischen und territorialen Oberhoheit. Die Tatsache, daß in diesem Angebot nicht mehr die formelle Anerkennung dieser Oberhoheit verlangt wird, läßt darauf schließen, daß in dieser Frage zwischen O'Walley und Tischen ein Kompromiß gefaßt wird. An amtlichen Stellen wurde gestern in London erklärt, daß die Verhandlungen über Danau auch im günstigsten Falle sicherlich noch geraume Zeit in Anspruch nehmen würden.

Japan gegen eine Intervention.

Aus Tokio wird hierber berichtet, daß die japanische Regierung endgültig die englischen Vorschläge über ein militärisches Zusammenwirken in China abgelehnt hat. In der nach London gerichteten Note erklärt die japanische Regierung, daß die Anwesenheit japanischer Truppen in China nicht nötig sei, da die dortige Lage nicht als kritisch angesehen werden könne. Es wird hinzugefügt, daß die japanischen Seestreitkräfte in den chinesischen Gewässern gegenwärtig durchaus hinreichend seien, um die japanischen Staatsangehörigen zu schützen.

Aus Stadt und Bezirk.

Neuenbürg, 20. Jan. Die evang. Kirchengemeinde veranstaltet am kommenden Sonntag, 30. Jan., abends 8 Uhr, eine Musikfeier in der hiesigen Stadtkirche. Es ist in unserer Zeit der unruhigen Hoff- und niederdrückenden Sorge ein tiefes Bedürfnis vorhanden nach Sammlung und innerer Erhebung. In solcher Will diese Musikfeierstunde helfen. Auch der Jugend sei empfohlen, darin neue Anregung und Freude für ihr eigenes musikalisches Streben zu holen. Ueber die Stücke, die in Gehör kommen, soll hier noch ein kurzes Wort gesagt sein. Das Concerto grosso für Streichinstrumente und Orgel von Corelli ist eine Christfestmusik und bezieht sich auf zwei Sagen. Der erste führt in Ernst und Kraft auf das Ereignis der Geburt des Erblöbers hin, der zweite, das Pastorale (Duettenmusik) ist erfüllt von inniger Frömmigkeit und lieblicher Freude. Das zweite Stück für Streichinstrumente allein ist aus dem Streichquartett von Karl Loewe, dem Balladentkomponisten, und trägt die Bezeichnung „con adorazione gleich mit Andeutung“. Das dritte Stück ist ein Duo für zwei Violinen und Orgel aus der G-Moll-Sonate von G. F. Händel. In die Orgelorgeln teilen sich der hiesige evang. Kirchenchor und der Solist des Abends, Albrecht Werner, Barrer in Hüpsigheim. Die Orgel ist: „Der Herr ist mein getreuer Hüter“ und das „Hallelujah“ für Chor und Streichmusik von Pärtel. Albrecht Werner bietet eine Reihe geistlicher Gesänge von Bach und Händel. Er ist als Sänger solcher Werke in ganz Württemberg und weit darüber hinaus bekannt, so daß wir uns freuen dürfen, sie von ihm in unserer Kirche dargeboten zu bekommen. Für die Ausführung der Instrumentalwerke haben sich geschätzte Musikfreunde aus Neuenbürg und Umgebung zusammengefunden. Alles Nähere wird aus der Anzeige zu erfahren sein, doch sei Mt und Jung in Neuenbürg und Umgebung auf diese schöne Feier schon heute hingewiesen.

(Wetterbericht.) Der Hochdruck über Mitteleuropa hält gegen die Depression im Nordwesten vorerst noch Stand. Für Donnerstag und Freitag ist indessen mit stärkerer Wirkung der Depression zu rechnen und vielfach bedecktes und auch zu Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

Waldbad (Sommerberg). Schneehöhe 15-18 Zentimeter, Temperatur minus 5 Grad, Himmel klar, Skibahn gut, bequeme Aufsicht mit der Drahtseilbahn zu den Nebungsfeldern mit Seilungsseilbahn.

Württemberg.

Stuttgart, 21. Jan. Die württ. Spar- und Girokassen im Jahre 1926. Die württ. Spar- und Girokassen haben sich im Jahre 1926 erfreulich weiter entwickelt. Die Spareinlagen sind von 70,4 Mill. RM. auf 136,7 Mill. RM., die Sparsparbeit von 207,261 auf 346,036 angewachsen; die Einlagen haben sich somit nahezu verdoppelt. Auch der Jahreszugang hat mit 66,3 Mill. RM. gegenüber dem Vorjahr mit 46,8 Mill. RM. wesentlich größer und beträgt rund das 1 1/2fache, während die monatliche Durchschnittsumnahme von 10 Mill. RM. auf 5,5 Mill. RM. gestiegen ist. Aus ein Sparbuch kamen anfangs 1926 389,96 Mill. RM., Ende 1926 766,10 Mill. RM. Die Depositionen sind im Laufe des Jahres 1926 von 20,6 Mill. RM. auf 62,3 Mill. RM. angewachsen; hier beträgt der Zugang 31,6 Mill. RM. (1925 15,7 Mill. RM.) = 103 Proz., die monatliche Durchschnittsumnahme 2,6 Mill. RM. gegenüber einer solchen von 1,3 Mill. RM. im Jahre 1925. Im Giro-, Scheck- und Kontoforrentverkehr betragen die Guthaben der Kunden anfangs 1926 57,4 Mill. RM., Ende 1926 75,0 Mill. RM.; dem Zugang mit 17,6 Mill. RM. im Jahre 1926 steht ein solcher von 7,4 Mill. RM. im Jahre 1925 gegenüber. Die Schulden der Kunden sind von 66,9 Mill. RM. am 1. Januar 1926 auf 88,0 Mill. RM. am 31. Dezember 1926 gestiegen. Der Gesamt-einlagenstand erhöhte sich von 184,5 Mill. RM. am 1. Januar 1926 während des Jahres 1926 um 115,5 Mill. RM. auf 300,0 Mill. RM. am 31. Dezember 1926, das ist 73 Prozent.

Die Toten schweigen nicht . . .

71

Roman von Pola Stein.

„Etwas Neues, Einschneidendes ist bereits geschehen. Sonja Ivanovna und ich haben beschlossen, uns zu betrauen, Elena!“

Sie schneelte empör, stand einen Augenblick fassungslos vor dem Vater, sank dann auf ihren Platz zurück.

„Das ist nicht möglich, Papa!“ stammelte sie.

„Warum nicht möglich, Elena?“ Sein Ton war scharf.

„Weil, weil . . .“ Sie brach ab, suchte nach Worten, die ihn nicht verletzen sollten, fand keine.

„Ich weiß ja leider, daß du meine zukünftige Frau nicht liebst, Elena, aber so fassungslos brauchst du doch nicht zu sein. Ich glaube, du hättest seit langem mein Interesse für sie bemerkt.“

„Das wohl, aber ich glaube doch nicht an eine Ehe. Papa, tu es nicht!“

„Was soll das heißen, Elena?“

Sie antwortete nicht. Sie warf den Kopf auf die Krone, die auf dem Tisch vor ihr lagen. Ein konvulsives Zucken erschütterte ihren Körper. Sie weinte krampfhaft, lautlos.

„Elena, ich kann deine Verweigerung nicht sehen. Sie beleidigt mich. Beleidigt die Frau, die ich mir erwählt habe. Es gibt keinen Grund für dich, dich meiner Wahl je — feindlich entgegenzustellen. Elena, sei mein gutes Mädchen, mach mir das Leben nicht so furchtbar schwer. Sei lieb, Elena, sei gut.“

Sie hob den Kopf, sah ihn mit erloschenen Augen in tiefem Herzeleid an.

„Ich erschütterte ihr Schmerz, den er nicht begriff.“

„Elena, findest du es als ein so großes Unrecht ge-

Stuttgart, 21. Jan. (Unschuld.) Der Kraftwagenfahrer Anton Schwarz von Trübsbach war wegen zahlreicher Einbrüche in Bauernhäusern zu 3 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt worden und legte gegen dieses Urteil Berufung mit dem Erfolg ein, daß er wegen eines Einbruchversuchs in Holzgerlingen statt der 3 1/2 Jahre Zuchthaus zehn Monate Gefängnis erhielt. Durch das Geständnis eines Einbruchs hat sich nun herausgestellt, daß Schwarz auch die Tat in Holzgerlingen nicht beangen hat. Er wurde freigesprochen und aus der Haft entlassen, in der er neun Monate saß. Man wird ihm dafür einen Schadenersatz geben müssen.

Stuttgart, 21. Jan. (Lohnkampf.) Die Belegschaft der Maschinenfabrik Ehlingen hat das bestehende Lohnabkommen gekündigt. Die Arbeiter fordern in Anbetracht der steigenden Lebenshaltung eine zehnprozentige Erhöhung der bisherigen Löhne. Bisherig finden zwischen den Parteien Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß statt.

Leonberg, 21. Jan. (Aufteilung des Oberamts.) Die Amtsvorsteher Leonberg stellt bekanntlich für den Fall der Eingemeindung von Weilmündorf nach Feuerbach Entschädigungsansprüche in Höhe von 5-700 000 Mark mit der Begründung, daß das Oberamt Leonberg nach Ausscheiden von Weilmündorf finanziell nicht mehr lebensfähig sei. Im Anschluß daran wird die Frage erörtert, ob nicht durch Auflösung des Oberamts Leonberg die Streitfrage zu lösen wäre. Weitere große Gemeinden, wie Dillingen und Gerlingen, werden früher oder später doch von der Großstadt aufgesaugt werden. Auch würde die Zuteilung an die Oberämter Stuttgart, Böblingen, Maulbronn und Waiblingen für manche Orte einen Vorteil bedeuten. Man berechnet, daß die Ersparnisse an Verwaltungskosten im Falle der Aufteilung des Oberamts etwa dem Ausfall entsprechenden wären, der durch das Ausscheiden von Weilmündorf entsteht.

Leonberg, 21. Jan. (Um den Bierpreis.) Der Bezirkswirtschaftsrat sah in seiner Generalversammlung zu dem Bierausgleich des Brauereiverbands einen Beschluß, wonach die Bierpreise aufgeführt werden, den Bierbezug ab 25. Januar einzuführen, falls der Aufschlag nicht zurückgezogen wird.

Tübingen, 21. Jan. (Körperverletzung mit Todesfolge.) Das Schwurgericht hat den 21. Jahre alten ledigen Hüfner August Schmid von Hagelloch, der im September v. J. nach reichlichem Alkoholgenuß im Verlaufe eines Streites, bei dem er selbst einen Dieb erlitten hatte, dem W. J. a. Biegelarbeiter Emil Reichert von Unterföhringen eine schwere, zum Tode führende Messerwunde beibrachte, wegen schwerer Körperverletzung mit nachgefolgtem Tode in einem Jahre drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Stuttgart, 21. Jan. (Eine Unfälle.) Die hiesige Unfälle, Regel in den Mund zu nehmen, bevor solche verarbeitet werden, hatte hier fast ein Opfer gefordert. Der zwölf Jahre alte Schüler Wilhelm Koch verstauchte einen an vier Zentimeter langen Nagel. Er verstauchte nachher Schmerzen in den Eingeweiden, sodas sofort ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden mußte. Jedenfalls wird Behandlung in der chirurgischen Klinik in Tübingen notwendig sein.

Ulm, 21. Jan. (Schwäbische Bauernbank.) Die dritte ordentliche Generalversammlung der Schwäbischen Bauernbank e. V. m. b. H. fand am 18. Januar unter der Leitung des Vorsitzenden des Aufsichtsrats, Reichsrentiers von Freiburg, statt. Die Generalversammlung genehmigte einstimmig die vorgelegte von den ausgetretenen Mitgliedern der Bank der 31. Dezember 1926, die mit einem Verlust von 20 697,89 Mark abschließt. Sämtlichen im Amt verbliebenen Mitgliedern des Vorstandes und Aufsichtsrats wurde einstimmig Entlastung erteilt. Zur Beilegung des Verlustes wurde mit sämtlichen Stimmen einstimmig beschlossen, die Geschäftsanteile von bisher 50 Mark um 100 auf 150 Mark zu erhöhen; die ausgeschiedenen Mitglieder zahlen den geschätzten vorgezeichneten Kapitalanteil. Durch diese Transaktion sind sämtliche Verluste beseitigt und die Bank in der Lage, nach wie vor ihre Mitglieder mit Krediten zu versehen, da sämtliche Kredite im bisherigen Umfang und auch neue Mittel zur Verfügung stehen. Die Ergänzungswahl in Vorstand und Aufsichtsrat wurde ohne Widerspruch vorgenommen.

Ulm, 21. Jan. (Ein Unfall.) Eine große Fahrlässigkeit ist es, zerbrochene Gläser auf die Straße zu werfen. So wälzte sich hier mit Wohlbehagen ein Hund im Schnee, als plötzlich ein lauter Schmerzgeschrei der Freude ein Ende bereitete. Eine Glaskerbe hatte dem wertvollen Jagdhund den Schädel bis zur Hirnhöhle durchgeschnitten, sodas der Tierarzt gerufen werden mußte.

Friedrichshafen, 21. Jan. (Ein Fundstück.) Im Schnellzug wurde ein ca. acht Monate altes Kind, ein Mädchen, aufgefunden. Das Mädchen wurde vorläufig im Hallberger-Kinderheim aufgenommen. Die Mutter ist anscheinend ins Ausland

Am Schönsten ist's, sagt Er und Sie, Doch immer wieder im Ka-Li!

gen dich, das ich begeben will? Sprichst du mir denn ein Recht auf persönliches Glück ab, nur weil ich nicht mehr jung bin, weil ich eine erwachsene Tochter habe?“

Sie schüttelte den Kopf. „So ist es nicht.“ sagte sie leise.

„Du bist noch nicht alt. Die Mädchen waren so immer stolz auf unseren hübschen, jugendlichen Vater. Und du hast ein Anrecht auf Glück wie jeder Mensch. Nur — diese Frau hättest du mir nicht als Nachfolgerin meiner Mutter bringen dürfen.“

„Nun war alles Reich. Härtliche aus keinen Ärgernisse ausgelöst.“

„Elena, ich warne dich! Ich betrachte Sonja Ivanovna als meine Braut. Sie mag dir nicht sympatisch sein, gut, über Sympathien läßt sich nicht streiten. Aber ich verbiete dir, etwas gegen sie zu sagen. Ich lasse sie nicht beleidigen, Elena, hörst du wohl.“

Sie rang die Hände.

„Wie sprichst du mit mir? Bin ich plötzlich nicht mehr dein Kind? Nicht mehr der Mensch, der vor allem dein Wohl will? Dein Glück, Papa? Bin ich nicht mehr deine Freundin?“

„Ihr Ton ergriß ihn. „Das alles bist du und wirst es ewig bleiben, Elena.“

„Nicht, wenn diese Frau zwischen uns tritt, Papa.“

„Was kannst du außer deiner Abneigung, die durch nichts begründet ist, gegen sie sagen?“

„Sie ist — kein guter Mensch, Papa.“

Er lachte kurz und ärgerlich auf.

„Woher willst du das wissen?“

„Mein Empfinden sagt es mir deutlich, Papa.“

„Es ist das Empfinden eines überspannten, exaltierten Mädchens, Elena!“

„Das sind sehr harte Worte, Papa, die ich nicht ver-

gereicht. Das Mädchen hat natürlich keine Ahnung von der Nebenmutter und laßt vernünftig in den Tag hinein.

Lehringen, 21. Jan. (Stimmengleichheit.) Bei der Ortsvorwahl in Ottenfelden erhielt Gemeindepfleger Friedrich Bauer 52, Landwirt Friedrich Sammel (bisheriger Amtsvorwahrer) ebenfalls 52 Stimmen. Somit ist eine Neuwahl nötig. Von 115 Wahlberechtigten haben 104 abgestimmt.

Baden.

Donauwörth, 21. Jan. Der Vandalismus gelang es, eine Avantgardebande zu entdecken, die namentlich an den Stationen Basel und Donauwörth arbeitete. Die Bande stellte falsche Schweizer Franken her. Es sind in Donauwörth, gen und Basel schon einige Maßnahmen erfolgt.

Heidelberg, 21. Jan. Das erweiterte Schöffengericht verhandelte gegen zwei Heidelberger Burschenschaftler wegen Herausforderung zum Zweikampf. Die beiden Angeklagten gaben den der Anklage zugrunde liegenden Tatbestand unumwunden zu, daher konnte auf eine Jugendvernehmung verzichtet werden. Das Urteil des Gerichts sprach gegen beide Angeklagte eine Geldstrafe von 50 Mark aus oder je zehn Tage Gefängnis. Ein weiterer Zweikampf wurde im Rat zwischen einem Diplomvolkswirt, der Rühmlicher Burschenschaftler ist, und einem Heidelberger Korporalstudenten ausgetragen. Der eine trug eine Knochenfraktur davon, der andere wurde nur leicht verletzt. Auch hier gaben die Angeklagten den Tatbestand zu. In angetrunkenem Zustande soll der Heidelberger Korporalstudent den Rühmlicher Diplomvolkswirt angegreift haben. Das beantwortete dieser durch Tätlichkeiten mit seinem Stock. Sanktionsforderung war die Folge. Das Gericht verurteilte beide Angeklagte zu je vier Monaten Gefängnis. Sie seien sich der Strafbarkeit ihrer Handlung bewußt gewesen und hätten die Folgen zu tragen. In dem ersten Fall lag kein Grund vor, über die Mindeststrafe hinauszugehen, da mit der Herausforderung zunächst nur die Verberührung einer ehrenrührigen Entscheidung in einer Streitigungsfrage beabsichtigt werden sollte.

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 21. Jan. Dem Dienstagmarkt am Stadt, Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 51 Ochsen, 22 Bullen, 250 Jungbullen (unverkauft 20), 220 Jungschinder, 171 Kühe, 933 Kälber, 1627 (200) Schweine, 3 Schafe. Erlös aus je 1 Zentner Lebendgewicht: Ochsen 1. 52-55 (früher Markt —), 2. 44-49 (ano.), 3. 37-42 (ano.), Bullen 1. 51-52 (50-52), 2. 47-49 (46-49), 3. 42-45 (41 ano.), Jungschinder 1. 54-59 (54-58), 2. 47-52 (ano.), 3. 42-44 (ano.), Kühe 1. 42-47 (-), 2. 30-40 (ano.), 3. 19-29 (ano.), 4. 13-18 (ano.), Kälber 1. 78-81 (ano.), 2. 60-76 (ano.), 3. 56-66 (55-67), Schweine 1. 74-75 (-78), 2. 73-74 (-78), 3. 73-74 (70-77), 4. 70-72 (74-78), 5. 65-68 (-), Schafe 52-62 (-), Marktverlauf: Bei Großvieh und Kälbern mäßig, bei Schweinen langsam.

Wagheim, 21. Jan. (Schlachthofmarkt.) Aufgetrieben waren 309 Tiere und zwar: 14 Ochsen, 9 Kühe, 31 Kälber, 14 Ferkel, 4 Kälber, 20 Schafe, 217 Schweine. Marktverlauf: Langsam, Ueberhand: 7 Stück Großvieh, 2 Schweine. Preise für ein Hund Lebendgewicht: Ochsen 1. 54-56, 2. 48-52, Ferkel 1. 52-55, 2. und 3. 48 und 45, Kühe 2. und 3. 32 und 25, Kälber 1. 56-60, 2. 51 bis 56, Kälber 2. 80-84, 3. 75-78, Schweine 1. 78-80, 2. 75-79, 3. 72-75.

Die Preise gelten für nichtern gemogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab. Stall für Frucht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtverlust ein, müssen sich also wesentlich über den Stallpreis erheben.

Neueste Nachrichten.

Wiesbaden, 21. Jan. In der von den Engländern besetzten Britische-Kaserne brach am Dienstag morgen ein Großfeuer aus, das zwei Stunden lang vier Gebäude in Flammen hielt. Mit knappen Rat konnten die Pferde der Kaserne gerettet werden.

Berlin, 21. Jan. Heute begann hier ein umfangreicher Prozeß gegen Hans v. Lehmann, der sich als Fehlfahrer und Kaufmann bezichtigt hat, sowie gegen 17 weitere Angeklagte, mit denen zusammen a. Lehmann unter verschiedenen Decknamen ungefähr 80 Automobile veräußert und noch andere Kreditgeschäften beantragen hat. Die Angeklagten erwarben die Wagen auf Grund einer kleinen Anzahlung und gaben für den Rest der Kaufsumme Wechsel. Die Wagen wurden dann sofort in Geld gemacht und die Wechsel nicht eingelöst.

Berlin, 21. Jan. Der 17jährige Schlosserlehre Pieter fand gestern wegen Raubdiebstahls, den er am 3. Dezember vorigen Jahres in einem Berliner Vorort auf den Major a. D. von Weiber verübt hatte, vor dem Großen Jugendgericht in Spandau. Der Major hatte den Raub übermäßig und dem Stationsvorstand übergeben. Der Täter wurde zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Berlin, 21. Jan. Die Abendblätter melden: Das Auswärtige Amt hat den deutschen Gesandten in Warschau angewiesen, wegen der Denkschriften in Warschau bei der polnischen Regierung diplomatische Schritte zu unternehmen und darauf hinzuwirken, daß die in Gang befindlichen Verhandlungen über den Handelsvertrag und über das Niederlassungsrecht durch das Vorgehen des Wohltaten in Ost-Ober-Schlesien außerordentlich gefördert seien.

Berlin, 21. Jan. Zu den neuen Ausweisungen von vier letzten

diene. Und wenn du mir nicht so glaubst, muß ich es dir sagen: Sonja Ivanovna hat mich in der schamlosesten Weise belogen!“

„Elena, ich verbiete dir . . .“

Sie fiel ihm ins Wort. „Die Wahrheit kannst du nicht verbieten, Papa. Kennst du die Vergangenheit dieser Frau, der du deinen Namen geben willst?“

„Was kümmert mich ihre Vergangenheit? Ich kann oon einer nahezu dreißigjährigen, wunderbar schönen Frau nicht verlangen, daß sie nach dem Tode ihres Mannes wie eine Nonne lebe. Ich habe die veralteten Anschauungen überwunden.“

„Sie hat dir ihre eigenen Anschauungen ausgezogen.“

„Mag sein. Mich kümmert einzig ihre Zukunft, die mir gehören soll.“

„Und wenn ihre ganze übrige Vergangenheit dich gleichgültig läßt, so kannst du doch nicht unberührt an der Tatsache vorübergehen, daß sie ein Liebesverhältnis mit dir verband.“

„Das ist nicht wahr, Elena! Sie hat mir gesagt, daß es ein harmloser Flirt war.“

„Daselbe hat sie mir geschworen. Und dennoch behauptete ich, daß es ein Liebesverhältnis war. Was ist mir es mir bestätigt.“

„So lügt ihr alle beide!“

Fabrikant war außer sich vor Zorn und Wut. Elena hatte den Vater nie vorher so heftig, so maßlos erregt gesehen.

„Papa, wie darfst du mir solche Worte sagen?“

„Wenn es die Wahrheit wäre, so wäre es schamlos von dir gewesen, sie in unserem Hause zu dulden, Elena.“

(Kortlekuna folgt.)



keine Abnung von der
sichheit.) Bei der Orts-
meinderbelegter Friedrich
el (bisheriger Amtse-
ist eine Revision nötig
abgefasst.

Wendamerie gelang es,
die namentlich auf den
arbeitete. Die Bande
Es sind in Donauweithin
erfolgt.

erte Schöffengericht ver-
schaffter wegen Ver-
elben Angeklagten haben
Luthehand unumwunden
nehmung verzichtet we-
gegen beide Angeklagte
je zehn Tage Gefängnis.
zi zwischen einem Dep-
schaffter ist, und einem
gen. Der eine trug eine
wurde nur leicht ver-
den Tatbestand u. In
delberger Korpskämmerer
empfehl haben. Das be-
berurteilte beide An-
schaft. Sie seien sich der
gewesen und hätten die
all lag kein Grund vor,
da mit der Verurteilung
einer ehrengerichtlichen
ge befreit werden sollte.

Rekehr.

markt am Markt, Vieh- und
22 Bullen, 250 Jungbullen
1 Kühe, 933 Ähder, 1627
1 Zentner Lebensgewicht:
44-49 (ann.), 3. 37-42
49 (48-49), 3. 42-45 (41
47-52 (ann.), 3. 42-44
ann.), 3. 19-29 (ann.), 4.
69-76 (ann.), 3. 56-66
73-74 (-78), 3. 73-74
(-), Sauren 52-62 (-),
ern mäßig, bei Schmelzen

markt) Aufgetrieben waren
31 Ähder, 14 Faren, 4
verkauft; Langlauf, Leber-
Brenne für ein Hund Lebens-
gewicht 1. 52-55, 2. und 3.
Ähder 1. 56-60, 2. 51 bis
Ähder 1. 78-80, 2. 76-79,

wogene Tiere und schlie-
Stall für Fracht, Markt-
we den natürlichen Ge-
entlich über den Stallpreis

Wochen.

Den Engländern bestrafen
egen ein Großfeuer aus, das
ammon hielt. Mit knapper
ittel werden.

er ein umfangreicher Projekt
und Kautmann bezieht
draen zusammen a. E. Es
80 Automobile entstehen
ngen hat. Die Angelegenheit
einen Anzahlung und geben
Die Wagen wurden dann
nicht eingelöst.

Schloßgefelle Peter stand
3. Dezember vorigen Jah-
en Major a. D. von Wehr
gericht in Spandau. Der
und dem Stationsvorstand
Jahren Gefängnis verurteilt
melben: Das Auswärtige
Barthau angemeldet, wegen
en bei der polnischen Rechi-
en und darauf hinzuweisen
ungen über den Handelsver-
urch das Vorgehen des Wö-
ch gefährdet sein.

melungen von vier leitenden
glaubt, muß ich es dir
in der Kammerleuten

ahrheit kannst du nicht
angenhait dieser Frau,
"angenhait? Ich kann
n, wunderbar können
dem Tode ihres Man-
abe die veralteten An-
chungen aufgezwin-
zig ihre Zukunft, die

de Vergangenheit dich
nicht unberührt an der
Liebesverhältnis mit
Sie hat mir gesagt, daß

ren. Und dennoch be-
ltnis war. Grafen: hat

Born und Wut. Sie
stiftig, so maßlos erregt
ie Worte sagen?"
so wäre es schamlos
use zu dulden. Elena."
(Fortsetzung folgt.)

Beamtin einer Gesellschaft in Ost-Oberschlesien erjöhren die Blätter,
daß von deutscher Seite bei dem Wismoden erhobene Vorstellungen
keinen Erfolg hatten. Der Wismode hat nur geantwortet, die Be-
treffenden seien lässig. Weitere deutsche Schritte stehen bevor.

Berlin, 25. Jan. Reichspräsident von Hindenburg empfing heute
den preussischen Ministerpräsidenten Braun. Ein Schloffer hat sich
heute nachmittags im Schlafzimmer seiner Wohnung vor den Augen
seiner seit Jahren vollständig gelähmten Frau an der Türschwelle er-
hängt. Die Frau rief laut um Hilfe. Man wurde jedoch zu spät
darauf aufmerksam. Der Mann hat die Tat aus Verzweiflung über
die Krankheit seiner Frau begangen. — In der Trogölde im Neu-
Köllner Finanzamt wird berichtet, daß der 11 Jahre alte Raabe Hoch-
busch, der von seinem Vater einen Schlag in den Kopf erhielt, seinen
Verletzungen erliegen ist.

Schwerin, 25. Jan. Das Landgericht verurteilte den Landwirt
Heinrich Köhler zu drei Jahren Zuchthaus und seine Ehefrau zu
einem Jahr Gefängnis, weil beide einen Anschlag auf Ermordung ihres
Vaters anstiften wollten, um durch den Tod des alten Hofbesizers in
den Besitz seiner Wirtschaft zu kommen. Das verdächtige Ehe-
paar wurde auch wegen Verleitung zum Meineid und wegen Brand-
stiftung verurteilt.

Kiel, 25. Jan. Ein zwölfjähriges Mädchen hat sich aus Furcht
vor einer Schulfrau erschossen.

Basel, 25. Jan. Der bekannte schweizerische Bankier und Di-
rektor der Bank Comte, Josef Dettli, hat sich in Florenz erschossen.

Paris, 25. Jan. Hoyas berichtet aus Shanghai, daß die Kan-
ton-Regierung die von dem französischen Konsul in Kanton wegen
der Ermordung des französischen Dolmetschers Robert verlangte Ent-
schädigung bezahlet wird.

Sigon, 25. Jan. Infolge des an der Küste herrschenden Sturmes
ist der spanische Dampfer "Arborea" auf der Höhe des Ortes San
Esoban de Pravia untergegangen. 14 Mann der Besatzung sind
ertrunken.

Batavia, 25. Jan. Der Generalgouverneur hat drei vom Ge-
richtshof in Benkoela gegen ausländische Kommunisten erlassene
Todesurteile in lebenslängliche Gefängnisstrafen umgewandelt.

Arbeiterentscheidungen bei der Reichsbahn.
Stuttgart, 25. Jan. Der Abg. Dr. Höfner hat folgende
kleine Anfrage gestellt: Nach Zeitungsmeldungen soll die
Reichsbahnverwaltung beabsichtigen, in nächster Zeit noch weite-
re Arbeiter, insbesondere gelernte Handwerker, zu entlassen
und Betriebe zu schließen. Sind derartige Maßnahmen auch
für Württemberg beabsichtigt? Bejahendenfalls, ist das Staats-
ministerium bereit, gegen derartige Einschränkungen des Be-
triebs, die nur die Arbeitslosigkeit vermindern, Einspruch zu
erheben?

Keine Beschlagnahme des Neubaus der Gasfa.
Köfelerlautern, 25. Jan. Von den seitens der Stadtverwal-
tung als Ersatz für die beschlagnahmten Wohnungen in dem
Neubau der Gasfa angebotenen Wohnungen hat die französische
Wohnungskommission drei Wohnungen angenommen und an die
Annahme der vierten die Bedingung geknüpft, daß noch
eine große Anzahl zur Verfügung gestellt wird. Die Stadt-
verwaltung hofft, die Bedingung erfüllen zu können. Die Be-
schlagnahme und Räumung des Gasfa-Neubaus wird von der
französischen Besatzungsbehörde nicht mehr aufrechterhalten.

Die Wobitzer Altendiebstähle.
Berlin, 25. Jan. Nach Informationen des "Berliner Tage-
blatts" werden sich die Behörden mit der Klärung von zwei-
tens 40 neuen Fällen von Altendiebstählen zu beschäftigen
haben, die in jedem Fall noch eine ganze Reihe von Verhaftungen
zur Folge haben dürften. Zurzeit prüfe man in den ein-
zelnen Gerichtsbezirken der Staatsanwaltschaft I die dort
liegenden Altendiebstähle nach. Dabei hatte sich schon jetzt er-
geben, daß über 30 weitere Straftaten in Wobitz verschwunden
sind.

Verurteilung wegen Beleidigung Hirsifers.
Berlin, 25. Jan. Wegen Beleidigung des preussischen Wohl-
fahrtsministers wurde heute vom Schöffengericht Berlin-Mitte
der Redakteur des "Sanktveiter", Karl Rudolph, zu einer
Gefängnisstrafe von sechs Monaten und der Redakteur des
"Deutschen Tageblatt", Julius Vippert, zu 300 Mark Geld-
strafe, im Richtbereichungsstalle zu drei Monaten Gefängnis,
verurteilt. Dem Minister wurde die Publikationsbefugnis des
Urteils im "Sanktveiter", im "Deutschen Tageblatt", im
"Köfelerlauter" und in der "Germania" erteilt.

Deutscher Reichstag.
Berlin, 25. Jan. Der Reichstag beschäftigte sich in seiner
heutigen Sitzung zunächst mit der zweiten Beratung des von
der Wirtschaftlichen Vereinigung eingebrachten Gesetzesentwurfs
betreffend "Abänderung des Reichsvertragesgesetzes" und schloß
nach kurzer Debatte den Entwurf ab. Bei der dann folgenden
zweiten Beratung der Novelle zur Gewerbeordnung, durch
welche die Woch- und Schließgesellschaften konfessionslos
gemacht werden sollen, verlangt der Ausschuss auch eine Ver-
lange auf Konfessionierung des Detektivgewerbes. Nach Ableh-
nung eines kommunikativen Antrages im Hammersprung mit
165 gegen 9 Stimmen, wonach die Vermittlung von Veronal
für das Bewachungsgewerbe nur durch die öffentlichen An-
sichtsbahnen zulässig sein soll, wurde der Entwurf in zweiter
und sofort auch in dritter Lesung mit der Ausschussentwer-
fung angenommen. Das Haus wandte sich darauf der zwei-
ten Beratung des von den Kommunisten beantragten Geset-
entwurfs zum Schutze von Mutter und Kind zu. Der Aus-
schuss hat zwar die Vorlage abgelehnt, jedoch in einer Ent-
schlüsselung die Regierung ersucht, eine Denkschrift über den
Stand des staatlichen Mutterstutzes und einen Gesetzesentwurf
betreffend die Sicherstellung der Rechtsgrundlagen für die not-
wendigen Einrichtungen zum Schutze von Mutter und Kind
vorzulegen. Nach längerer Debatte, an der sich nur weibliche
Mitglieder aller Parteien beteiligten, wurde bei der Abstim-
mung von der Ausschussentscheidung nur der Teil angenom-
men, bei der Denkschrift fordert, das Verlangen eines Für-
sorgegesetzentwurfs aber gegen die Demokraten, Sozialdemo-
kraten und die Kommunisten abgelehnt. Nach Annahme eines
Antrages des Ausschusses für die Regierung möge
auf die Reichsbahn einwirken, daß sie die durch die neue Grenz-
ziehung im Osten notwendig gewordenen Bahnbauten in An-
griff nehme, vertrat sich das Haus am Mittwoch nachmittags
3 Uhr.

Reform des Ehescheidungsrechts.
Berlin, 25. Jan. Der Rechtsausschuss des Reichstags be-
schäftigte sich am Dienstag mit Anträgen der Demokraten, So-
zialdemokraten und Kommunisten auf Erleichterung der Ehe-
scheidungen. Eingeleitet wurde die Aussprache durch eine Rede
des Ausschussvorsitzenden Abg. Dr. Kohl (D. W.), der erklärte,
daß er nur für seine Person spreche. Der Redner wies zunächst
darauf hin, daß viele Länder die objektive Herrschaft der Ehe
als Scheidungsgrund rechtlich eingeführt hätten, und führte
dann weiter aus: In der Anerkennung der Notwendigkeit
einer Erweiterung der Ehescheidungsgründe stimme ich mit den
vorliegenden Anträgen überein. Wenn jetzt ein Ehescheidungs-
projekt verloren wird wegen ungenügender Schuldbeweise, so
müßte die Ehe fortgesetzt werden. Es läßt also eine Lücke zwi-
schen Leben und Recht, deren Ausfüllung notwendig ist. Es
müßte auch dann auf Scheidung geklagt werden können, wenn
ohne nachweisbares Verschulden eine derartige Herrschaft der
Ehe entsprechenden Fortsetzung der ehelichen Gemeinschaft nicht
erwartet werden kann, und wenn außerdem die Ehegatten be-
reits mindestens ein Jahr vor Erhebung der Scheidungsklage
getrennt gelebt haben, doch kann die Scheidung erst dann aus-
gesprochen werden, wenn die Ehegatten dem Gericht einen

rechtsgültigen Vertrag vorgelegt haben, worin die gegenseitige
Unterhaltspflicht, die Zuzahlung und Erziehung der Kinder
angeordnet ist. Jeder Ehegatte müßte das Recht haben, einen
Antrag auf Scheidung wegen objektiver Herrschaft zu stellen.
Der Redner wies dann die religiös-kirchlichen Einwände zurück
und erklärte die Befürchtung für unbegründet, daß durch die
Einführung des von ihm angegebenen Ehescheidungsgrundes
eine ungeheure Vermehrung der Ehescheidungen eintreten
würde. In der darauffolgenden Aussprache sprach sich die Zen-
trumsfraktion gegen Kabis Anträge aus, weil das Zen-
trum an dem Grundsatz der Unauflöslichkeit der Ehe schon im
Interesse der Volksgemeinschaft festhalten wolle. Auch die
deutschnationale Fraktion lehnte eine Erleichterung der heu-
tigen Ehescheidung ab. Dagegen gaben die Redner und Red-
nerinnen der anderen Parteien den Ausschüssen Kabis ihre
Zustimmung. — Der Rechtsausschuss vertrat sich darauf am
Freitag.

Das abgeänderte Regierungsprogramm.
Berlin, 25. Jan. Die vom Reichszentralrat Dr. Marx aus-
gearbeiteten Richtlinien für ein Regierungsprogramm wurden im
Laufe des heutigen Nachmittags den für die neue Koalition
in Betracht kommenden Fraktionen unterbreitet, die nun ihrer-
seits endgültig dazu Stellung zu nehmen haben. Die endgültige
Fassung soll dann am Mittwoch vormittags 11 Uhr den
Reichstagsmitgliedern vorgelegt werden. Die demokratische Reichs-
tagsfraktion vertrat sich daher ihre für Dienstag abend angelegte
Fraktionsfassung am Mittwoch vormittags 11 Uhr. Die Frak-
tion wird ihre endgültige Stellungnahme zur Regierungsneu-
bildung von der Fassung dieser Richtlinien abhängig machen.
Die deutschnationale Fraktion setzte heute eine besondere Sach-
kommission ein, die aus den Abgeordneten Schiele, Behrens,
Bambach, Leopold und v. Holbader gebildet wurde und den
Auftrag hatte, über die Formulierung des sozialpolitischen Re-
gierungsprogramms zu verhandeln. In eingehender Aus-
sprache dieser Kommission mit den geschäftsführenden Ministern
Brauns und Dr. Curtius wurde eine Einigung über die For-
mulierung der sozialpolitischen Programmpunkte erzielt. Die
sozialdemokratische Reichstagsfraktion hielt nur eine kurze Ge-
schäftsbesprechung ab. Eine Jubiläumsgabe des Reichstags mit
den sozialdemokratischen Führern ist am heutigen Tage nicht
erfolgt. Die volksparteiliche Fraktion nahm den Bericht ihres
Fraktionsvorsitzenden Scholz über seine Verhandlungen mit
dem Reichszentralrat entgegen. Die deutschnationale Reichstags-
fraktion tritt erst morgen zusammen. Das auf Grund der Be-
sprechungen abgeänderte Programm soll nun morgen veröffent-
licht werden. Die Sozialdemokraten sind nicht befragt worden.
Man hat, so heißt es, ihnen bedeutet, einen dahingehenden An-
trag zu stellen, wenn sie in die "Volksgemeinschaft" eintreten
möchten. Der Wirtschaftlichen Vereinigung, die im letzten
Augenblick Angst vor der Verantwortung bekommen und ihren
Anspruch auf den Ministerialrat, den sie noch vor einer Woche
für sich reklamierte, wieder aufgegeben hat, wurden die
Richtlinien nur vorgelesen, während die Deutschnationalen, das
Zentrum, Liberale und Deutsche Volkspartei sie schriftlich
ausgehendigt erhielten. Der Inhalt des Dokuments wird
streng geheimgehalten. Auch sind die an den heutigen Konfe-
renzen beteiligten Unterhändler verpflichtet worden, tiefe Ver-
schwiegenheit über den Gang der Besprechungen zu wahren.

Eine Zentrums-Erklärung.
Berlin, 25. Jan. Aus Kreisen der Zentrumsfraktion wurde
folgende Stellungnahme verbreitet: "Mit Stimmern und Ent-
richtung nimmt die Zentrumsfraktion Kenntnis von den ge-
schäftlichen Ausführungen volksparteilicher Blätter über kul-
turpolitische Vorverhandlungen und Abmachungen des Zen-
trums mit deutschnationalen Kreisen. Solche Verhandlungen
oder Besprechungen haben, wie wiederholt festgestellt worden
ist, in keiner Weise stattgefunden. Solche jeder Grundlage ent-
behrenden Ausstellungen sind aber geeignet, die politische At-
mosphäre zu vergiften und die laufenden Verhandlungen zwecks
Bildung einer Regierung auf das ernsteste zu stören. Die Zen-
trumsfraktion mahnt die Verantwortung für die möglichen Fol-
gen eines solchen Vorgehens den Urhebern dieser durchsichtigen
Kombinationen überlassen."

Dieser Auslassung kann man u. E. insofern zustimmen, als
tatsächlich der von einigen Blättern beschworene Schatten des
schwarzblassen Blods wenig geeignet ist, die Vermittlungen um
das Zustandekommen einer bürgerlichen Regierung zu fördern.
Andererseits könnte durch diese Auslassung die falsche Meinung
entstehen, als wenn ein ausschlaggebender Teil der volkspartei-
lichen Presse ein Interesse daran hätte, seinerseits solche Stö-
rungsversuche zu unternehmen. Davon kann selbstverständlich
gar keine Rede sein. Weiter muß die gereizte Sprache dieser
Auslassung auffallen. Inwiefern die Verwendung von Worten
des Kontors mit solchen der innerdeutschen Politik angebracht
werden kann, ist eine Angelegenheit, die schwerlich in allen ihren
Zusammenhängen aufzudecken sein dürfte. Schließlich muß doch
wohl daran erinnert werden, daß die diplomatische Aufgabe
des Ministeriums gerade darin besteht, daß er den Kontor-
datensatz aufzubringt. Die Voraussetzung dazu ist natür-
gemäß in wesentlichem Umfange die Art und Zusammen-
setzung der Reichsregierung.

Die Demokraten bleiben fern.
Wie das "Berliner Tageblatt" hört, wird die demokratische
Reichstagsfraktion nicht in die Regierung eintreten, jedoch will
Dr. Reinhold für seine Person bereit sein, das bisherige Amt
des Reichsfinanzministers auch in der neuen Regierung zu be-
halten.

Zu dem Ergebnis der gestrigen Verhandlungen.
Berlin, 25. Jan. Die gestrigen Verhandlungen Dr. Marx
mit den deutschnationalen Unterhändlern über die Richtlinien
des neuen Kabinetts haben, den Blättern zufolge, bis auf drei
Reisepunkte zu einer Einigung geführt. Die noch unerledigten
Punkte sollen Fragen der Formulierung der außenpolitischen
und Verfassungsprobleme betreffen. Aber auch in diesen Punk-
ten dürfte bis heute nachmittags eine Einigung erzielt worden
sein, so daß die sachliche Seite der Verhandlungen über die Re-
gierungsbildung denn beendet sein dürfte. Zu der dann zur
Erörterung stehenden Personenfrage bemerkt die "Deutsche
Tageszeitung", daß die Deutschnationalen nach Stärke ihrer
Fraktion einen Anspruch nicht auf drei, sondern auf vier Mini-
sterposten haben. Es sei zu erwarten, daß die Deutschnationa-
len ihre Ansprüche energisch vertreten werden, um nicht in ent-
scheidenden Fragen an Einfluß zu verlieren.

Das Urteil gegen Iwan de Just.
Genf, 25. Jan. Das eidgenössische Schwurgericht verurteilte
Iwan de Just zu 24 Tagen Gefängnis, 500 Franken Geld-
busse, zehn Jahren Landesverweisung und 300 Franken Ge-
richtsgebühren, sowie zur Tragung der Kosten. Die Gefängnis-
strafe gilt durch die existierende Untersuchungsinstanz als verbüßt.

"Abrüstung" in Norwegen.
Oslo, 25. Jan. Das Storting hat mit allen gegen 33 Stim-
men den Abrüstungsvorschlag der Arbeiterpartei abgelehnt,
ebenso mit 105 gegen 39 Stimmen den weiteren Antrag der
Arbeiterpartei, für den Verteidigungsbauhalt eine Höchst-
grenze von 25 Millionen Kronen jährlich festzusetzen. Das
Storting nahm eine Gesetzesvorlage an, nach der die Kosten für
die neue Heeresordnung auf etwa 10 Millionen Kronen jähr-
lich festgesetzt werden. Das Storting bewilligte außerdem 7 1/2
Millionen Kronen für einmalige Ausgaben für Reuanschaftungen
gemäß der neuen Verteidigungsordnung.

Einschiffung des britischen China-Expeditionskorps.
London, 25. Jan. Ein Bataillon Marinekräften, die für

China bestimmt sind, sowie mehrere Flugzeuge, wurden heute
in Portsmouth an Bord eines Transportdampfers gebracht.
Bei der Einschiffung der Truppen kam es zu begeherten Kund-
gebungen. Man hofft, daß die fünf anderen Transportdampfer
für das China-Expeditionskorps am Freitag zur Einschiffung
der Truppen bereit gestellt werden.

Die Isolierung Englands.
Washington, 25. Jan. Der Auswärtige Ausschuss des Re-
präsentantenhauses hat eine von dem Kongressmitglied Porter
eingebraute Entschließung angenommen, in der gefordert wird,
daß die Vereinigten Staaten gegenüber China unabhängig von
anderen Staaten handeln sollen.

London, 25. Jan. Der japanische Außenminister, Baron
Tsubokawa, hat nach einer Reise aus Tokio den Botschaftern
Englands, Italiens, Belgiens und Frankreichs mitgeteilt, daß
Japan nicht beabsichtigt, Truppen in China zu landen oder
Kranen nach Shanghai zu entsenden.

Dichterische Verherrlichung der Kurzschrift. Eine dichterische
Verherrlichung der Kurzschrift kommt von Ludwig Fulda, der
die Stenographie bei seinen schriftstellerischen Arbeiten ver-
wendet. Er hat schon vor einer langen Reihe von Jahren
gefragt: Daß uns die Kurzschrift das Mittel schenkt, Gedanken,
die ein anderer denkt, festzuhalten im raschesten Flug, das
glaube ich, ist bekannt genug. Doch, daß sie zugleich die Wohl-
tat erweist, aufzulauern dem eignen Geist. Ideen, die flüchtig
wie Wolkengebilde, zur Strenge zu bringen als edles Bild, und
unter flatternde Fantasien, bedende ins Vogelgegnis zu ziehen,
das hab' ich — der Himmel sei gelobt — ausgiebig an mir
selbst erlebt, und darum verfür ich gelinden Kerger, weil
doch den Besten völlig klar, was dieser Gabelberger für
ein Sappermenter war.

Schweres Eisenbahnunglück. In den Karpaten ereignete
sich ein schweres Eisenbahnunglück. Der erste Personenzug,
der nach dem Schneesturm von Bukarest abgefahren wurde, fuhr
am Winespach in einen Güterzug. Die Lokomotive und die
dahinter befindlichen Wagen wurden zertrümmert, die übrigen
Wagen entgleisten. Vier Eisenbahnangehörige und ein Passa-
ger waren sofort tot, zehn Personen wurden schwer und zahl-
reiche leicht verletzt. Die Hilfs- und Bergungsarbeiten ge-
liefen sich, da der Zug noch immer mit hohem Schnee bedeckt ist,
außerordentlich schwierig. Die Schuld an dem Zusammenstoß
tragen der Lokomotivführer und der Fahrer des Personenzuges,
die betrunken waren und die Signale nicht beachtet. Beide
befanden sich unter den Toten.

Waldbesitzerverband.
Nadelstammholz-
Verkauf
am 3. Februar,
Ohe. Grafenhausen: 337 Fm. Lannen in 7 Losen.
Anbote an die Geschäftskasse des Waldbesitzer-
verbands, Stuttgart, Urbanstr. 49, wo auch Loserzeignisse
erhältlich.

Stangen-
Versteigerung
Die Gemeinde Spielberg versteigert aus ihrem Ge-
meindewald am Freitag den 28. Januar 1927:
345 Bauflangen 1. Klasse,
665 Bauflangen 2. Klasse,
70 Daasflangen,
805 Dopfenflangen 1. Klasse,
560 Dopfenflangen 2. Klasse,
875 Dopfenflangen 3. Klasse,
1220 Dopfenflangen 4. Klasse,
1375 Rebflangen 1. Klasse,
1440 Hohenflangen.

Zusammenkunft vormittags 9 Uhr beim Rathaus.
Kau. Bürgermeister.
Ronaler, Waffler.

1 Piano,
nußbaum poliert, kreuzsaitig, Eisenklaviatur,
sehr gut im Ton;
1 Piano,
schwarz poliert, Eisenklaviatur, kaum gespielt;
1 Piano,
schwarz poliert, Eisenklaviatur, wie neu;

1 Harmonium,
eiche, 3 Spiele, 14 Register, in sehr gutem Zustande,
sämtlich sehr preiswert, auch gegen Teilzahlung,
zu verkaufen.

Schmid & Buchwaldt,
Pforzheim, Poststr. 1, Industriehaus.

Ein großer Transport
Oberländer Kalbinnen
Rübe und Jungvieh
(Abkammungsnachweis)

eingetroffen und lade Kauf- und Kaufschliehaber freund-
lichst ein.
Wolf, Viehhandlung, Pforzheim,
Telefon 2918.

Gefunden

vor zirka 14 Tagen ein Geldbetrag. Auskunft beim Stadtschultheißenamt.

W. Forstamt Liebenzell.

Nadelholzstangen- und Laubstammholzverkauf.

Am Dienstag den 8. Febr. 1927, mittags 12 Uhr, im Gasth. zum „Ochsen“ in Bad Liebenzell aus dem ganzen Forstbezirk: a) Nadelholzstangen: Stück: Bauft.: 1131 Ia, 698 Ib, 439 II. und 33 III. Kl. Hagst.: 204 I., 520 II. und 65 III. Kl. Hopfenst.: 75 I. und 15 II. Kl. b) Laubstammholz: 39 Eichen mit Fm.: 1 IV., 7 V., 3 VI. Kl. 88 Rotbuchen mit Fm.: 2 I., 2 II., 8 III., 20 IV., 20 V. Kl. 1 Ahorn, 2 Wbu., 1 Birke mit zus.: 1 Fm. V. bis VI. Kl.

Losverzeichnisse durch die Forstdirektion G. f. S. Stuttgart.

Gemeinde Schwann.

Stammholzverkauf

im schriftlichen Aufstreich aus Abtlg. Kirchenweg und Brennenwald.

Tannen und etwas Nichten: Fm.: 11 I., 23 II., 61 III., 54 IV., 58 V., 19 VI. Klasse; Abschnitte: Fm.: 5 II., 1 III. Klasse.

Bedingungslose Angebote in ganzen Projekten der Landesgrundpreise 1927 ausgedrückt und mit der Aufschrift „Gebot auf Stammholz“ versehen, sind bis Freitag, den 28. Januar 1927, abds. 7 Uhr, beim Schultheißenamt einzureichen.



„Freundlich“
Heute abends
pünktlich 8 Uhr
Singsunde
im Schulhaus, wozu alle
Sänger bestimmt erwartet
Der Vorstand.



Frische Seefische

direkt von der See.

Frischer Kabliau

in bekannter Qualität.
Im ganzen Fisch
Pfund 33 Pfg.,
im Ausschnitt
Pfund 36 Pfg.

Frishgewässerte Stodfische

Pfund 30 Pfg.

Frische Süß-Büdlinge

Pfund 30 Pfg.,
5 Pfd. Büdlinge 1.40 Mk.



Geistliche Abendmusik

(Kirchen-Konzert)

in der
Evang. Stadtkirche in Neuenbürg

am Sonntag, den 30. Januar 1927,
abends 8 Uhr.

Ausführende:

Albrecht Werner (Baß), Verstärktes Streich-
Quartett (Damen Gantz, Schüll, Gminder; Herren
Fetzer, Schüll, Meyer); der Ev. Kirchenchor,
H. Kraft (Chorbegl.), K. Widmaier (Orgel und
Begleitung).

Stücke von Bach, Corelli, Abel, Löwe, Händel.
Programme, zugleich als Eintrittskarte dienend,
Preis 50 Pfg., bei den Mitwirkenden und abends
an den Kirch Türen.

Frauenalb, 25. Januar 1927.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Heute mittag verschied nach langem Leiden
unser guter Gatte und Vater

Peter Rothenberger

im 56. Lebensjahr.

In tiefer Trauer:

Katharine Rothenberger mit Kindern
zum „König von Preußen“, Frauenalb,
früher Dolzbachtal.

Beerdigung: Freitag den 28. Januar, vor-
mittags 9 Uhr, von Frauenalb aus.

Bremen-Südamerika

mit den besten bekannten Dampfern der »Sierra«-Klasse
»Sierra Ventana« »Sierra Córdoba«
»Sierra Morena«

Hervorragende Reisegelegenheiten I. u. III. Kl.

Ferner mit den beliebten Dampfern

»Weser« »Werra« »Köln« »Madrid«

für Mittelklasse und III. Klasse

Kostenlose Auskunft und illustrierte Prospekte durch
NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN
und sämtliche Vertretungen

Neuenbürg: Theodor Weiss, Marktstr. 146;
Stuttgart: Reisebüro Rominger, Generalvertretung
des Norddeutschen Lloyd, Königstrasse 15.

Haben Sie Grippe

und wollen Sie die Ansteckungs-
gefahr nahezu unmöglich machen,
dann helfen Ihnen bestimmt



Kaiser's Brust-Caramellen

mit den „3 Tannen.“

die seit 35 Jahren bewährten und
unübertroffenen Hustenbonbons.
Zu haben in Apotheken und Dro-
gerien und wo Plakate sichtbar.

Achten Sie auf die Schutzmarke 3 Tannen.

1/4 Tonne (100 Pfund) ca. 700 neue lockere Salz-
Fett-Heringe 27 Mk. 1/2 Tonne ca. 330 14 1/2 Mk.
1/4 Tonne ca. 160 8 1/2 Mk.

9 Pfd. Holst. Schweineschmalz, bestes 8.95 Mk.
9 Pfd. Holst. Tilsiterform Käse in Stanoel 5.95 Mk.
9 Pfd. Holst. Holländerform Käse 3.95 Mk.

Ab hier gegen Nachnahme. E. Napp, Altona No. 486.



Man kauft allgemein

Rama

MARGARINE
butterfein

Gründe: 1. Beste Qualität
2. Feinster Buttergeschmack
3. Größte Sparsamkeit
4. Werteste Verbreitung

- Es lohnt sich -

1/2 lb nur

50 Pfg.

Vedangen Sie kostenlos und portofrei die interessante aufklärerische Broschüre
„Praktische Winke für die umsichtige Hausfrau“ durch Rama-Werke, Goch (Rhd.).

Birkenfeld.

Einladung.

Am Mittwoch den 26. Januar, abends 1/6 Uhr,
findet im Gasthaus zum Adler eine Versammlung zweck
Gründung eines Gewerbevereins

statt, wozu alle hiesigen Geschäftsleute (Gewerbetreibende,
Handwerker, usw.) sowie Freunde und Gönner der Sache
höflichst eingeladen sind.

Der Syndikus der Handwerkskammer in Reutlingen,
Herr Oberhard, wird über Ziele und Zwecke des Vereins
sprechen. Um recht zahlreiche Beteiligung bittet
Der prov. Ausschuss.

Feuerwehr-Kapelle Birkenfeld.

Samstag den 29. Januar 1927

Ein großer

Masken-Ball

in dem festlich geschmückten
Saalbau zum „Löwen“.

Zwei Musikkapellen! Zwei Musikkapellen!
Saalöffnung 7 Uhr.

Nur anständige Masken haben Zutritt. Der Eintritts-
preis von M. 1.50 für Herren und M. 1.— für Damen ver-
steht sich einschli. Steuer und Maskenzeichen am Saalvorausg.

Bezirks-Konsumverein

Wir empfehlen unseren
Mitgliedern zu billigen
Preisen in bekannt guten
Qualitäten:

Schmalz
„Ganso“ Spezial
Pfund 80 Pfg.,

Serbisch Schmalz
Pfund 1.10 Mk.,

Rauchfleisch
ohne Wein
Pfund 1.80 Mk.,

Salami
Pfund 1.80 Mk.,

Schinkenwurst
1/4 Pfund 35 Pfg.,

Bierwurst
1/4 Pfund 45 Pfg.,

Leberwurst
1/4 Pfund 30 Pfg.,

Rauchwurst
1/4 Pfund 30 Pfg.,
Corned beef
1/4 Pfund 20 Pfg.

Langenbrand.
Eine ganz wenig gebrauchte

Nähmaschine

(Pfaff), unter zwei die Wahl
wegen Entbehrlichkeit zu ver-
kaufen.

Desgleichen werden zirka
50 Stk. prima, unbenutztes
Ucker- od Wiesenheu

abgegeben.
Zu erfragen in der „Enz-
täl“ Geschäftsstelle.

Schwann.

Wegen Todesfall verlaufe
ich zwei

Ruß- und Schaffh.

Eine hochträchtig.
Maraarete Jaak, Witwe.

Lächliches, älteres

Mädchen

sucht auf 15. Februar oder
1. März bei guten Leuten
Stellung; geht auch in Saison.
Gute Zeugnisse vorhanden.

Angebote unter Nr. 345 an
die „Enztäl“-Geschäftsstelle.

H. M. „Ochsen“.

Bezirks-Konsumverein

Wir empfehlen unseren
Mitgliedern aus unseren
Reichbeständen:

Damen-Halbschuhe,
Herren-Stiefel,
Arbeits-Schuhe,
Hauschuhe

um damit zu räumen zu
staunend billigen Preisen.
Ferner machen wir auf
unseren

Total-Ausverkauf

in unseren
Textil-Waren
aufmerksam.

Billige Preise!

Neuenbürg.

Anmeldungen für neue
Tages- und Abendkurse in
Einheits-Stenographie

für Anfänger und Fortgeschrit-
tene:

Maschinenschreiben,
Korrespondenz,
Schön-, Rund- u. Zierschrift

nimmt entgegen
C. Gührer,
alle Pforzheimer-Strasse 358.

Dortselbst Übernahme von
Korrespondenzen nach Steno-
grammdiktat oder sonstigen Unter-
lagen; Anfertigung von Ab-
schriften u. Vertriebsfertigungen.

Neuenbürg.

Dirjenige Person,

die den Geldbeutel mit In-
halt in der Bahnhofstraße
aufgehoben hat, wird gebeten,
denselben

sofort

auf der Polizeiwache abzugeben.

Neuenbürg.

Verkaufe

zwei gute Winter-Heber-
zieher sowie 1,4 Zwerg-
häbner

Ehr. Mayer, Bäckerei.